

AUSGABE 04/2019

DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT

IMMOBILIENANZEIGE

Herrschaftliches Anwesen der Extraklasse



Preis auf Anfrage

Spektakuläre Aussichtsplattform (200 m²), repräsentative Glaskuppel von Architekt Sir Norman Foster and Partners, beste Lage nahe Spreewufer und Hbf, barrierefrei, höchste Sicherheitsausstattung, Wohnfläche ca. 11.000 m², Bj. 1884-1894, umfangreiche Renovierung und Modernisierung 1995-1999, Energieausweis vorhanden

Tir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine ische Demokratie. Deshalb ist Kernrecht des Parla- ge finden,

die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch markt-konform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben. Ich höre zum Beispiel von unseren Haus- man sich dieser Ver- Aber wir müssen obwohl wir

Ausgabe 04/2019 | Deutschland 9,80 EUR
Österreich 9,80 EUR | Schweiz 13,90 CHF



Vom utopischen Potenzial des Geldes

*Those who play the identity game
should be prepared to lose it.*

Mark Lilla

*The longer they (the Democrats)
talk about identity politics, I got 'em ...
If the left is focused on race and identity,
and we go with economic nationalism,
we can crush the Democrats.*

Steve Bannon

Text: Torsten Meiffert

Brexit, Trump, eine lautstarke illiberale Politik weltweit – der scheinbar unaufhaltbare Erfolg des Rechtspopulismus macht deutlich, wie fragil und gefährdet Menschenrechte und Demokratie gegenwärtig sind. Diesen Gefahren kann nur mit einer Transformation des Kapitalismus begegnet werden.

Das Identitätsspiel

Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Ursache für die Gefährdung der Demokratie in der Verunsicherung durch die Auswirkungen von Globalisierung, technologischem Wandel, Migration und anderer vernetzter Großkrisen zu suchen ist. Darüber, welchen Anteil der Linkliberalismus an dem Erfolg illiberalen Denkens hat, wird allerdings gestritten. Fragen die einen nur, warum der Linkliberalismus rechten Demagogen so wenig entgegenzusetzen hat, behaupten andere, dass er für das Erstarken rechter Parteien mitverantwortlich ist.

Die Begründung dafür lieferte der Kulturwissenschaftler Marc Lilla 2016 nach Trumps Wahlsieg. Der Linkliberalismus habe sich damit abgefunden, dass dem Kapitalismus nicht mehr beizukommen sei. Sein Ideal vom Gemeinwohl hätte er auf die Emanzipation von Minderheiten im „Identitätsspiel“ um Selbstverwirklichung und Selbstbehauptung verschoben. Dadurch habe der Linkliberalismus aber nicht nur das Verständnis für die Mehrheit der Bevölkerung verloren. Schlimmer noch: weil seine Ideale neoliberalen Dogmen vertrackt nahekommen, habe er seine Glaubwürdigkeit in weiten Bevölkerungskreisen vollständig eingebüßt. Denn wer sich im täglichen Kampf um Selbstbehauptung abgehängt fühlt, nimmt Vielfalt und Diversität eher als Bedrohung statt als Bereicherung wahr. Wollten die Linkliberalen den Rechtspopulisten nicht das Feld überlassen, wäre es daher notwendig – so Lillas oft kritizierter Vorschlag – auf der Suche nach einem mehrheitsfähigen Wir die Fähigkeit zur Toleranz nicht zu überfordern.

Doch auf der Suche nach einer Wir-Identität das Engagement für Diversität zurückzufahren, heißt Gefahr zu laufen, das Geschäft des Rechtspopulismus zu betreiben und autoritär-aggressive Ressentiments zu wecken. Diese bedient der Populismus mit seinem Fokus auf ein homogen sich abschottendes Wir sowieso wesentlich gekonnter. Seinen Vertretern gelingt sogar das Kunststück, sich als Elite von ihrer marginalisierten Zielgruppe abzuschotten und sich gleichzeitig von dieser wählen zu lassen.

Es ist schon sonderbar: Das Identitätsspiel müsste eigentlich auf dem tiefen Einverständnis aller Spieler beruhen, dass Identitäten das unveräußerliche Recht auf Diversität haben – mögen sie noch so queer sein. Dass das Gefährdungs-, Gewalt- und Bedrohungspotenzial im Spiel wächst, ist ja gerade nicht Folge der Diversität von Identitäten, wie der Populismus behauptet, sondern vielmehr Folge des ökonomischen Denk- und Verhaltensmusters von Konkurrenz und Wettbewerb. Statt dieses Denk- und Verhaltensmuster infrage zu stellen, wie es der Linkliberalismus viel zu zaghaft versucht, hat sich der Rechtspopulismus mit den Wettbewerbsregeln des Identitätsspiels nicht nur abgefunden, sondern überhöht sie in sozialdarwinistischer Tradition zum biologistischen Lebensprinzip. Sein absurdes Erfolgsrezept besteht darin, die Schwäche und Ohnmacht des Einzelnen im inszenierten Kampf ums Dasein zur Aggressivität von Wir-Kollektiven zu verhärten, die meinen, sich gegen Bedrohungen durch andere Identitäten behaupten zu müssen. Doch als Resultat des eskalierenden Wettbewerbs um Selbstbehauptung verschärfen sich diese

nur, genauso wie das Bedürfnis, ihnen wie Fremdbedrohungen zu begegnen – eine sich selbst verstärkende Spirale, die im 20. Jahrhundert mehrfach zur Auflösung individueller Identitäten in autoritär-aggressiven Kollektiven geführt hat.

Die Verwandlung der Spieler

Doch etwas ist anders zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Das Identitätsspiel ist mittlerweile nicht nur von politischen und ökonomischen, sondern zunehmend auch von ökologischen Bedrohungen bestimmt. Diese führen zu einer für alle Akteure zutiefst verunsichernden Erfahrung: Was sich im Spiel ereignet, ist die Verwandlung der Spieler selbst. Der Klimawandel liefert nur das prominenteste, weil folgenreichste Beispiel dafür. Er zeigt, wie durch die nichtintendierten Auswirkungen des Verhaltens aller Akteure auf die Biosphäre, deren Identitäten mit ihren tief verankerten Denk- und Verhaltensmustern ins Rutschen kommen – sogar dann, wenn der Klimawandel geleugnet wird. Und da Individuen wie Kollektive sich durch nichts stärker bedroht fühlen als durch den Verlust ihrer Denk-, Verhaltens- und Kulturmuster – denn worin sonst besteht ihre Identität, wenn nicht in diesen Mustern? – ist es kein Wunder, dass der Populismus so viel Zustimmung für seine Taktik erhält, das Identitätsspiel allen Selbstgefährdungen zum Trotz weiterzuspielen und sogar zu verschärfen.

Und der Linkliberalismus? Er tut sich eben schwer und schwankt überfordert und ratlos zwischen individueller Selbstbestimmung und Gemeinwohlorientierung. Eine vertrackte Situation. Es kann keine Gewinner im Identitätsspiel geben. Doch wie aus dem Spiel aussteigen, bevor wir es gemeinsam verlieren?

Zusätzlich zu einer inklusiven Wir-Politik bedarf es einer inklusiven Wir-Ökonomie.

Wir-Politik braucht Wir-Ökonomie

Wenn der Anspruch auf Autonomie und Demokratie nicht aufgegeben werden soll, muss sich gesellschaftliches Handeln zwei Herausforderungen stellen: Zum einen muss das kollektive Wir ein umfassendes, inklusives, Vielfalt und Differenzen queerster Minderheiten und Individuen zulassendes politisches Wir sein; zum anderen muss es sich zwingend auf dem Feld der Ökonomie bilden. Es wäre viel zu gefährlich, das Wir lediglich auf dem Feld des Politischen zu beschwören, würde das doch der grundsätzlichen Herausforderung, um die es geht, nicht im Geringsten gerecht werden. Denn die kollektiven Selbstgefährdungen im Identitätsspiel beruhen nun einmal auf den tief verankerten Denk- und Verhaltensmustern einer auf Konkurrenz und Wettbewerb ausgerichteten Ökonomie, die soziale und ökologische Zusammenhänge sträflich vernachlässigt.

Im Vergleich zu den politischen Ideen liberaler Pluralität scheinen die Spielregeln der Wettbewerbsökonomie jedoch geradezu archaischen Ursprungs zu sein. Und nur weil gegen diese kein Kraut gewachsen sein soll, bedeutet das noch lange nicht, sich auf das politische Spiel mit Identitäten zurückziehen zu können. Das hieße, dem Rechtspopulismus mit seinem kruden Nationalismus das Spielfeld und letztlich einen destruktiven Sieg zu überlassen.

Zusätzlich zu einer inklusiven Wir-Politik bedarf es daher einer inklusiven Wir-Ökonomie. Beide zusammen hätten nichts mehr und nichts weniger zu leisten als die „große Transformation“ des Kapitalismus. Das Vertrackte bei dieser Verwandlung: Sie benötigt, was sich erst während der Transformation entwickeln kann: Identitäten, die ihre Autonomie nicht wichtiger nehmen als die gesellschaftlichen und natürlichen Wechselwirkungen, aus denen sie entstehen.

Würde – der Referenzwert des Geldes

Rechtsstaatliche Verfassungen haben die Idee der Menschenwürde als ihren fragilen Referenzwert. Die politische Einhegung des Bedürfnisses nach Autonomie ist dadurch leidlich gelungen. Die ökonomische Einhegung dieses Bedürfnisses scheint dagegen unmöglich. Denn im Kapitalismus, der Geld wie aus dem Nichts vermehrbar macht, ist das Bedürfnis nach Autonomie ins Grenzenlose gewachsen.

Zwar war Geldvermehrung immer schon ein probates Mittel, dieses Bedürfnis zu bedienen. Doch erst der Abschied von jeglichem Referenzwert des Geldes ließ es grenzenlos und unstillbar werden. Dennoch ist es wohl eine gewagte These zu behaupten, dass zur Entwicklung eines ökonomischen Wir eine Währungsverfassung fehlt, die das Geld wieder an einen Referenzwert, und zwar – wie politische Verfassungen – an den der Würde zu koppeln verstünde. Nichts scheint weiter auseinanderzuliegen als die Profanität des Geldes und die Dignität der Würde. Doch die Ähnlichkeiten von Geld und Würde sind augenfällig: Für Kant besaß „inneren Wert“ und Würde nur, was ohne Äquivalent, was „Zweck an sich selbst“ und „über allen Preis erhaben“ ist (heute würde man sagen, was unvergleichlich, unbezahlbar und eben unveräußerlich ist). Und seit Ende des **Bretton-Woods-Abkommens** im Jahre 1973 besitzt auch das Geld keinen Referenzwert mehr, an dem es sich kalibrieren ließe. Nun wäre diese Gemeinsamkeit allein noch kein hinreichender Grund, Würde und Geld als wechselseitige Referenzwerte zu nehmen. Doch die Gemeinsamkeit beider reicht tiefer. Georg Simmel war ihr auf der Spur, als er Geld als „Ausdruck und Mittel des Aufeinanderangewiesenseins der Menschen“ bezeichnete.

Auch Würde wird nur in Wechselwirkung menschlichen Handelns wirklich. Und zwar nicht in Konkurrenzkämpfen

um Autonomie, sondern nur in Beziehungen, in denen ums „Aufeinanderangewiesensein“ gewusst und es gleichzeitig befördert wird. Auf dieser Balance von Ich und Wir beruht ja gerade die politische Einhegung durch die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Im eskalierenden Kapitalismus fehlt diese Balance völlig. Geld wird von Individuen, Unternehmen und Staaten ausschließlich als Mittel zur grenzenlosen Steigerung ihrer Autonomie genutzt. Dabei kann Geld derart nur funktionieren, wenn es gleichzeitig „Ausdruck und Mittel des Aufeinanderangewiesenseins“ ist. Bloße Konkurrenz um Autonomie lässt wechselseitiges Vertrauen und damit auch das Vertrauen ins Geld ständig brüchig werden. Es kann sich nicht entwickeln, wenn alle die Erfahrung machen, dass sich alle gegeneinander behaupten müssen.

Fehlt das Vertrauen ins Aufeinanderangewiesensein, löst das im politischen Identitätsspiel notwendig den misstrauischen Hang zur Abschottung aus – und im ökonomischen Identitätsspiel den misstrauischen Zwang zur Geldvermehrung. Die fatale Eigendynamik dieses Misstrauens ist bisher noch nicht einmal durch die Erkenntnis der Selbstgefährdungen zu stoppen, die es bewirkt. Im Gegenteil: Je mehr das Vertrauen zwischen den individuellen Elementarteilchen auf den Märkten schwindet, umso heißer laufen deren Spekulationen auf ihre Souveränitätssteigerung – einerlei, ob es sich um egoistische Erfolgs-Ichs oder sich abschottende Wir-Kollektive handelt.

Vertrauen in die Verbindung von Ich und Wir, von Autonomie und wechselseitiger Abhängigkeit kann weder durch autoritär-aggressive Kollektive noch durch eine neoliberale Wachstumsökonomie und auch nicht durch eine fürsorgliche Identitätspolitik entwickelt werden. Auf

BRETTON-WOODS-ABKOMMEN

Um Währungsturbulenzen zu vermeiden und den internationalen Handel, der durch die Weltwirtschaftskrise und den Zweiten Weltkrieg eingebrochen war, wieder zu beleben, schlossen 44 Staaten im Juli 1944 das Abkommen von Bretton Woods. Dieses sah ein System fester Wechselkurse vor, das heißt, die Staaten legten langfristig ein festes Umtauschverhältnis der eigenen Währung zu ausländischen Währungen fest. Leitwährung war der wiederum an einen festen Ein-tauschwert in Gold gebundene Dollar. Im Rahmen des Abkommens wurden der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank geschaffen, die als internationale Steuerungsinstrumente fungierten. Die gerade gegründete Bundesrepublik trat 1949 dem Abkommen bei, die Sowjetunion verweigerte den Beitritt. Nicht zuletzt durch die Maßnahmen des Marshallplans erlebten die Europäischen Staaten – insbesondere Deutschland – sowie auch Japan ein „Wirtschaftswunder“ in den 50er und 60er Jahren. Die USA hatten weltweit Milliarden Dollar investiert, und bald überstiegen die Dollarbestände im Ausland die Goldreserven in den USA. Zudem hatten sich die Amerikaner durch den Vietnamkrieg hoch verschuldet und das Vertrauen in ihre Währung sank. Präsident Nixon kündigte schließlich 1971 einseitig die Goldbindung auf, was den Anfang vom Ende des Bretton-Woods-Systems bedeutete, das dann 1973 offiziell außer Kraft gesetzt wurde.

Eine Währungskonstruktion, die das ganze Potenzial des Geldes realisieren wollte, müsste vor allem Instrumente entwickeln, die das Vertrauen ins Geld als Ausdruck und Mittel sozialen und ökologischen Aufeinanderangewiesenseins fördern.

politischem Gebiet kann dies leidlich nur durch die fragile, aber beharrliche Konstruktion von Rechtsstaatlichkeit gelingen und auf ökonomischem Gebiet nur durch eine Währungskonstruktion, die den Abschied von Individuen wie Kollektiven aus wechselseitigen Abhängigkeiten nicht nur unattraktiv, sondern vollkommen unsinnig macht – und zwar schlicht, weil Autonomie verlorengelassen, wenn sie sich aus dem Aufeinanderangewiesensein verabschiedet. Für beide Konstruktionen ist die Idee der Würde unverzichtbar. Sie besitzt ein hochemotionales und wenn man so will, immer noch utopisches Identifikationspotenzial, auf dem das eigentliche Narrativ der Moderne beruht. In Bezug auf das Geld besteht dieses utopische Potenzial darin, Autonomie und Verbundenheit nicht nur in Beziehungen zwischen Anwesenden, sondern auch und gerade im globalen Austausch zwischen Abwesenden und Fremden gerecht und fair zu balancieren.

Der Geist der Gabe und das Gespenst des Kapitals

Doch es wartet eine noch größere Zumutung als die, die Menschenwürde als Referenzwert des Geldes zu nehmen: Denn seit sich in den ökologischen Kollateralschäden des ökonomischen Identitätsspiels auch nichtmenschliche Akteure bemerkbar machen, auf die wir in unserem Streben nach Autonomie angewiesen sind, erscheint es durchaus plausibel, die Idee der Würde ebenfalls auf diese auszuweiten. Und genau das mutet uns Bruno Latour mit einer „politischen Ökologie“ zu, die das „Kollektiv menschlicher und nichtmenschlicher Wesen“ zu „versammeln“ verstünde.

Bisher war es im Wettbewerb um Autonomie schon unmöglich, ein umfassendes, inklusives, Vielfalt und Differenzen zulassendes politisches Wir, das noch dazu ökonomisch gerecht und solidarisch verfasst sein müsste, zu entwickeln, und jetzt soll dieses Wir – und damit die Idee der Würde – auch noch die nichtmenschlichen Akteure der gesamten Biosphäre umfassen? Das hieße geradezu, sich auf die Entwicklungsstufe des Gabentausches zurückzugeben, aus der sich der autonome, seiner selbst gewisse Mensch doch erst so mühsam hat befreien können. Andererseits, was liegt näher, als die wechselseitigen Abhängigkeiten, die in den ökonomischen und ökologischen Kollateralschäden des Identitätsspiels sichtbar werden, mit dem Phänomen des Gabentausches zusammen zu denken?

Folgt man den Ethnologen, die sich mit dem Gabentausch beschäftigen, sollte er die Verbundenheit durch ein „soziales Band“ (Marcel Hénaff) befördern, das wechselseitiges Wohlwollen im Gewebe umfassenden Aufeinanderangewiesenseins garantiert. Was im Gabentausch die Besitzer wechselte, waren zwar materielle Gegenstände, aber diese waren immer und vor allem auch Träger eines immateriellen „Geistes der Gabe“, der die wechselseitige Verbundenheit – auch mit nichtmenschlichen Wesen – symbolisierte. Gelingen konnte das Knüpfen des Bandes von Vertrauen und Anerkennung aber nur, wenn und indem die Gebenden sich selbst geben. Das war das große Geheimnis und gleichzeitig die Zumutung der Gabe: Im Tausch wechselseitiger Anerkennung wird gegeben, was in dieser Wechselseitigkeit allererst entsteht: die Identitäten von Akteuren, die miteinander in Beziehung treten und sich im Prozess des Gebens und Empfangens stetig verwandeln. Genau darin bestand und besteht ja die unzumutbare Schwierigkeit für Identitäten, die meinen, im Kampf um Autonomie so bleiben zu müssen, wie sie sind ...

Dass die Chancen für die Hebung des utopischen Potenzials des Geldes ausgerechnet im eskalierenden Identitätsspiel des Kapitalismus wachsen könnten, liegt daran, dass das Knüpfen eines Bandes wechselseitigen Wohlwollens längst nicht mehr eine Frage naiven Vertrauens in einen sonderbaren Geist der Gabe ist,

sondern vielmehr zur schlichten Notwendigkeit wird; zur Notwendigkeit, die gesellschaftlichen und natürlichen Wechselwirkungen zu pflegen, die Autonomie erst ermöglichen.

Im Unterschied zum „Gespenst des Kapitals“ (Joseph Vogl), dessen absurdes Versprechen vollständige Souveränität und Befreiung aus der Abhängigkeit von Wechselwirkungen verheißt, könnte Geld (und möglicherweise ist es in den Anfängen der Geldwirtschaft auch so entstanden und verstanden worden) „Ausdruck und Mittel“ für die Erhaltung und Entwicklung dieser Wechselwirkungen sein: „Ausdruck“ für die fragile Balance von Autonomie und Verbundenheit sowie „Mittel“ für konkrete politische, ökologische und ökonomische Entscheidungsprozesse, um diese Balance zu halten und weiterzuentwickeln.

Bisher war Preisstabilität das Primat jeglicher Währungspolitik. Dabei ging es den Währungshütern darum, das Vertrauen der Märkte ins Geld lediglich als Mittel der Autonomiesicherung zu erhalten. Eine Währungskonstruktion, die da-

gegen das ganze Potenzial des Geldes realisieren wollte, müsste vor allem Instrumente entwickeln, die das Vertrauen ins Geld als Ausdruck und Mittel sozialen und ökologischen Aufeinanderangewiesenseins fördern. Eine derartige Währungskonstruktion könnte zum Wegweiser für eine nachhaltige, sozial gerechte und wertorientierte Ökonomie werden. Auch diese wäre im Übrigen auf Wachstum programmiert – allerdings auf das Wachstum des Vertrauens in wechselseitige Verbundenheit.

Vorerst mag es noch naiv anmuten, derart vom utopischen Potenzial des Geldes zu fabulieren. Doch das könnte sich ändern, wenn das Vertrauen ins misstrauische Abschotten als Überlebensstrategie weiter schwindet. Dann wäre es sogar denkbar, dass die Angst, im Identitätsspiel zu verlieren, zur Neugier auf den Prozess gemeinsamen Existierens wird. Ein anderes Spiel ließe sich dann spielen, eines, das sich seit Beginn der Evolution längst auf diesem Planeten zuträgt: das kreative Spiel der „Verwandlung durch Begegnung“ (Anna Lowenhaupt Tsing). ■

Vom Autor empfohlen:

SACH-/FACHBUCH

Paul Ricoeur: *Wege der Anerkennung: Erkennen, Wiedererkennen, Anerkanntsein* (Suhrkamp Verlag, 2006)

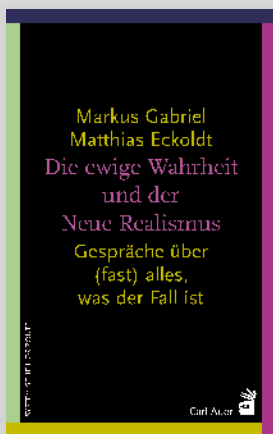
ROMAN

Alan Alexander Milne: *Pu der Bär* (Dressler Verlag, 2009)

FILM

Mein Essen mit André von Louis Malle (1981)

Über ewige Wahrheiten



262 Seiten, Kt, 2019 • € 34,95
ISBN 978-3-8497-0312-7

„Genial! Ich habe dieses Buch verschlungen. (...) Es ist das Buch der Stunde und meine absolute Leseempfehlung.“

Dr. Björn Enno Hermans,
Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e.V. (DGST).

„Markus Gabriel ist die Trumpfkarte der deutschen Geisteswissenschaft.“
Prof. Hans Ulrich Gumbrecht,
Stanford University

„Mit intellektuellem Witz und Lust an gedanklicher Provokation untersucht er die ewigen Fragen der Menschheit.“
(DER SPIEGEL über Markus Gabriel)



126 Seiten, Kt, 2019 • € 12,-
ISBN 978-3-8497-0297-7